№ 200
A 109
Morgen-Ausgabe.

Berlin

Sonnabend, 19. April 1919

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3.25 Mark, vierteljährlich 9.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Vorladung nach Versailles.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

os **Rotterdam**, 18. April.

Nach einer drahtlosen Meldung aus London hat Dutasta gestern abend Paris verlassen, um General Nudant den für die deutschen Vertreter bestimmten Brief zu überbringen, der sie für den Freitag der nächsten Woche nach Versailles beruft. Die Deutschen sollen ihre Regierung in Kenntnis setzen.

os **Rotterdam**, 18. April.

Der Rat der Vier hat gestern beschlossen, daß die Festungsanlagen auf Helgoland geschleift werden sollen.

Amsterdam, 18. April. (W. T. B.)

Nach Meldungen des „Telegraaf" aus Paris wird der Friedensvertrag aus 1000 Artikeln bestehen, die 300 Seiten Maschinenschrift in Anspruch nehmen werden. 68 Artikel handeln vom Saarbecken. Der vorläufige Friedensvertrag mit Oesterreich wird sofort nach Unterzeichnung des Vertrages mit Deutschland, wie man erwartet, vor Ende Mai geschlossen werden.

Bern, 18. April. (W. T. B.)

Im Pariser „Homme Libre" wird erklärt, die Deutschen würden nicht lange in Frankreich weilen, ungefähr zehn Tage würden für ihre einfachen Aufgaben genügen. Die hätten lediglich ja oder nein zu sagen bei allen Bedingungen der Entente hinsichtlich der Garantien und Wiedergutmachungen, und nur in der Frage nach der Art, wie die Durchführung der angenommenen Bedingungen stattfinden solle, sei eine Erörterung zulässig. Einige Blätter heben hervor, daß Wilson sich ein großes Verdienst in den letzten Tagen an dem schnellen Fortgang der Verhandlungen erworben habe, weil er, wie die Blätter sich ausdrücken, formelle Konzessionen gemacht habe, um seine vierzehn Punkte mit den Forderungen der Alliierten in Einklang zu bringen. (Eine Bestätigung dieser Darstellung des „Homme Libre" von anderer Seite liegt nicht vor.)

Haag, 18. April. (H. N.)

„Daily Expreß" meldet aus Paris: Die deutsche Delegation wird am Abend des 25. in Paris erwartet. Wahrscheinlich werden die deutschen Delegierten die Friedensbedingungen einmal mit dem Rat der Vier besprechen. Verschiedentlich wird die Frage aufgeworfen, was mit den deutschen Journalisten, die voraussichtlich nach Paris kommen wollen, geschehen wird. Bisher steht lediglich fest, daß sie die Räume der Ententejournalisten nicht mitbenutzen dürfen, sondern ihre eigenen Arbeitsräume erhalten. Wahrscheinlich werden ihre Berichte und Artikel nicht unter Zensur gestellt werden.

Der erste Transport der Armee Haller.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

✱ **Kassel**, 17. April.

Die Sonderzüge mit der I. Armee Haller sind auf dem Bahnhof Wilhelmshöhe um die Mittagsstunde eingetroffen und setzten nach mehrstündiger Mittagspause die Weiterfahrt ins Polengebiet fort.

✱ **Kolberg**, 17. April.

Eine Abteilung des Korps Luettlmann in Stärke von 850 Mann und 250 Pferden ist vorübergehend an die hinterpommersche Bahnstrecke nach Labes in Pommern abgerückt zwecks Vorsichtsmaßregeln beim Durchzug der polnischen Armee.

✱ **Graudenz**, 17. April.

Der polnische Volksrat in Posen internierte aus nichtigen Gründen erneut achtzehn deutsche angesehene Persönlichkeiten, darunter mehrere Regierungs-, Justiz- und Kommerzienräte.

Die Ansprüche Bulgariens.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ **Wien**, 18. April.

Bei dem kürzlich abgehaltenen Kongreß der fortschrittlich-liberalen Partei Bulgariens hat deren Führer, der frühere Ministerpräsident Danew, in Sofia Erklärungen abgegeben, die natürlich von der ganzen bulgarischen Presse mit Begeisterung aufgenommen wurden. Er sagte: „Mazedonien, das augenblicklich von Serben und Griechen, unseren Erbfeinden, besetzt ist, und die Dobrudscha, die uns die Rumänen neuerdings geraubt haben, bleiben und sind auf immer unser aller Traum. Niemals werden wir davon ablassen, diese beiden Provinzen zu begehren, die wir „unser Elsaß-Lothringen" nennen dürfen. Niemals werden wir auf die fruchtbaren Flächen Mazedoniens und auf den schönen Hafen von Kavalla verzichten, auf die unsre Ansprüche vollauf berechtigt sind." — Auch die Anhänger Danews scheinen also einzusehen, wie falsch ihre Rechnung war, als sie Ende September 1918 meinten, die Entente würde Bulgarien auf Kosten von Griechenland, Serbien und Rumänien weitherzig dafür belohnen, daß es die Südwestfront der Mittelmächte klaffend zerriß.

Die schweren Unruhen in Wien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Die Wühlarbeit der Kommunisten.

kl **Wien**, 18. April.

Die im Anschluß an die gestern bereits kurz gemeldeten Ausschreitungen vor dem Parlament für heute vormittag angesagte neue Kundgebung der Arbeitslosen hat wohl wegen des schlechten Wetters nicht stattgefunden. Das Parlamentsgebäude ist von einer großen Anzahl Volkswehr und Stadtgardisten besetzt und in Verteidigungszustand gesetzt. Die Führer der Bewegung haben aber ihre Absicht nicht aufgegeben und fordern mit Flugzetteln die Unzufriedenen für morgen, Sonnabend, zu einer Wiederholung der Demonstration vor dem Rathause auf. Auf massenhaft verbreiteten Flugzetteln wird das Proletariat aufgefordert, sich sofort der Betriebe zu bemächtigen. In der Stadt finden Zusammenrottungen statt, aufhetzende Reden werden gehalten. In der vergangenen Nacht ist das Gebäude der Marinesektion des Kriegsministeriums ausgeplündert worden. Volkswehr und Stadtgarde haben auch weiterhin die öffentlichen Gebäude Wiens besetzt. Da aber die Volkswehr bis auf einzelne Bataillone nicht als zuverlässig bezeichnet werden kann, ist die Gefahr für Wien durchaus nicht vorüber. Nach dem bereits für gestern offenbar geplanten, aber nicht vollzogenen Umsturz, wird in den einzelnen Kasernen eifrig für eine kommunistische Aktion geworben. Ueber die Unterströmungen der Bewegung gibt eine Mitteilung der „Volkszeitung" Aufschluß, wonach gestern vormittag im Gebäude des Kriegsministeriums eine Deputation von Arbeitern erschienen sei, die verlangte, daß das Gebäude bis 2 Uhr nachmittags geräumt werde, da um 5 Uhr die Regierung der Räterepublik ihren Einzug halten werde.

Immerhin werden morgen zunächst Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär Hanusch und der Abordnung der Arbeitslosen und heimgekehrten Kriegsgefangenen über ihre Forderungen stattfinden. Die Regierung hat die Absicht, diesen Forderungen soweit als möglich entgegenzukommen. Es dürfte vor allem eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zugestanden werden. Auch sollen Vorkehrungen getroffen werden, um eine Besserung in der Bekleidungs- und Ernährungsfrage herbeizuführen. Schließlich beabsichtigt die Regierung, so rasch als möglich Arbeitsgelegenheit zu schaffen und erhofft sich auch von den mit großer Beschleunigung durchzuführenden Gesetzen über die Sozialisierung eine Besserung der Verhältnisse der Arbeiter. Die Regierung hofft, durch ihre Zugeständnisse die bei den Arbeitslosen und Heimkehrern vorhandene Erregung eindämmen zu können.

Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht einen Aufruf des Parteivorstandes der Deutsch-Oesterreichischen Sozialdemokratie, in welchem es heißt, die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder seien bereit, sofort zurückzutreten, wenn die deutsch-österreichische Arbeiterschaft entschlossen sein sollte, das Regierungssystem zu ändern, aber nur der organisierten Arbeiterschaft stehe dieses Recht zu. Ein paar tausend Demonstranten dürfen der Regierung nicht mit Gewalt ihre Stimmen aufzwingen. Was gestern geschehen sei, sei sinnlos und höchst gefährlich. Schon lange rufe die Bourgeoisie nach der Besetzung von Oesterreich durch die Ententetruppen. Unter dem Schutze der Bajonette der Entente könnte sie ihre Herrschaft wieder aufrichten. Sollte Wien der Schauplatz größerer Unruhen werden, so würde die Entente die größeren Industriegebiete besetzen, was eine Gegenrevolution herbeiführen würde. Eine solche Katastrophe muß vermieden werden.

Die gestrigen, überaus schweren Unruhen vor dem Parlament haben Wien seit dem Tage des Zusammentritts der provisorischen Nationalversammlung seinen zweiten wahrhaft kritischen Revolutionstag gebracht, der nicht ohne Blutvergießen verlaufen ist. Man hatte für Gründonnerstag zwar einen Putsch erwartet. In den kommunistischen Versammlungen hatte man letzthin eine immer heftigere Sprache gegen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, besonders gegen den Staatskanzler Dr. Renner, geführt. Aber da es immer dieselben 4000 Kommunisten waren, wurden die Gefahr unterschätzt. Der Plan für gestern war, die Invaliden gegen die Stadtpolizei marschieren zu lassen. Staatskanzler Dr. Renner hatte einer Abordnung der Invaliden große Zugeständnisse gemacht; zwei Millionen Kronen waren für die nächsten beiden Monate bewilligt, dazu Lebensmittel, kaiserliche Schlösser als Erholungsheime; die Wortführer der Invaliden stellten jedoch weitere unerfüllbare Forderungen und erklärten schließlich, die Regierung werde die Verantwortung für ihren „Treubruch" zu tragen haben.

Am Nachmittage forderten riesige Plakate die Arbeitslosen, aus der Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten und die Invaliden zu Versammlungen auf, in denen die verschiedenen Forderungen aufgestellt wurden, wobei die Arbeitslosen u. a. 15 Kronen Tagesunterstützung, die heimgekehrten Kriegsgefangenen 200 Kronen Reisegelder und Zuschüsse von 600 bis 1000 Kronen verlangten. Die Kriegsgefangenen begaben sich hierauf in geschlossenem Zuge zum Rathaus, wo bereits die rote Fahne von etwa 2000 Arbeitslosen aufgezogen worden war. Das Rathaus war vollständig abgesperrt. Der wartenden Menge wurde gegen ¾4 Uhr angeblich von einem ungarischen Kommunisten die Losung gegeben, nach dem Parlament zu ziehen. Dort war die Rampe von regierungstreuer Volkswehr besetzt. Die Menge forderte Einlaß, um mit Dr. Renner zu verhandeln. Als die Antwort erteilt wurde, Dr. Renner sei nicht anwesend, fiel ein Schuß, der von der Stadtgarde sofort mit einer Salve beantwortet wurde. Es entspann sich hierauf eine längere Schießerei, bei der auch einige Personen getötet worden sein sollen.

Die Ladung eines zufällig auf dem Platze haltenden Kohlenwagens wurde von der erregten Menge geplündert, die damit die Scheiben des Parlamentsgebäudes in Trümmer warf. Schreckschüsse steigerten nur die Wut der Demonstranten. Die Polizisten hatten einen schweren Stand. Nun versuchte man das Parlament von einer anderen Seite zu stürmen, schreckte aber vor den schußbereiten Wachmannschaften der Polizei zurück. Auf dem Platz vor dem Parlament kam es inzwischen ungesetzt zu Zusammenstößen, wobei auf beiden Seiten Schüsse fielen. Um 7 Uhr abends wurde eine neuerlicher Ansturm unternommen und die im Erdgeschoß gelegene Wohnung eines Beamten der Gebäudeinspektion in Brand gesteckt. Die Menge verlangte, daß die Polizei ihre Gewehre und die Munition abliefern solle. Höhere Polizeibeamte waren nicht zur Stelle und die Polizeimannschaften, die auf sich selbst angewiesen, waren unschlüssig. Einzelne Polizisten kamen alsbald der Forderung nach und konnten unbehindert abziehen.

Das Parlamentsgebäude war inzwischen von Abteilungen der Volkswehr umstellt, eine Kompagnie drang nun in das Innere ein und nahm den noch verweilenden Mannschaften der Polizei ihre Waffen ab, worauf unter dem beruhigenden Einfluß der Arbeiter- und Soldatenräte die Menge sich langsam verlief.

Bei den Schießereien wurde auch ein italienisches Militärautomobil von einer Kugel getroffen, worauf der italienische General Segré dem Staatssekretär des Auswärtigen eine Note überreichen ließ und Genugtuung forderte. Noch im Laufe des gestrigen Abends erhielt der General die Entschuldigung des Staatssekretärs und das Versprechen, für den Fall der Ergreifung des Täters jede wie immer geartete Genugtuung leisten zu wollen.

Die Zahl der Opfer beträgt nach den vorläufigen Feststellungen 5 Tote und etwa 40 Verwundete. Die Kommunistenführer erklären, daß sie an dem blutigen Zusammenstoß keine Schuld trügen. Jedenfalls waren es aber gerade sie, die, nachdem sie die Menge aufgehetzt hatten, während der Schießerei nicht zu sehen waren.

Da der gestrige Putsch die Mitwirkung ungarischer Kommunisten klar erwiesen hat, so ließ die Regierung heute in Wien alle bekannten Emissäre der Budapester Räteregierung verhaften. Es wurden bei ihnen Werte im Betrage von 2,5 Millionen Kronen (Edelsteine, Gold und Banknoten) beschlagnahmt. Die Ausweisung aller Revolutionäre steht unmittelbar bevor.